

«Bildung für alle – jetzt!» – Vorstösse im Bundesparlament (Stand Dez. 2022)

Die mit fast 20'000 Unterschriften eingereichte Petition bildet die Grundlage für politische Vorstösse von National- und Ständerät:innen. Die Petition wurde am 29. April 2022 in der Kommission für Bildung des Nationalrats beraten. Resultat ist ein Kommissionspostulat für eine bessere Erfassung von Daten zum Bildungsstand von Geflüchteten, das mit 12 zu 7 Stimmen angenommen wurde. Gleichentags wurde in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats eine Motion mit 11 zu 10 Stimmen gutgeheissen, die Verbesserungen im Zugang zur Berufsbildung verlangt (der Nationalrat hat die Motion am 8.6.2022 mit 111 zu 73 Stimmen angenommen; sie muss noch im Ständerat behandelt werden). Das sind zwei wichtige Teilerfolge.

- [22.3393](#), Kommissionspostulat WBK-N «Kompetenzen von Geflüchteten erfassen und nutzen»
- [22.3392](#), Kommissionsmotion der SPK-N «Erleichterter Zugang zur beruflichen Ausbildung für abgewiesene asylsuchende und Sans-Papiers»

Eine parteienübergreifende Gruppe von ParlamentarierInnen, die von Nationalrätin Sandra Locher, SP Graubünden, koordiniert wird, entwickelt weitere Vorstösse auf der Ebene des Bundes.

Bisher wurden folgende sieben Interpellationen, zwei Postulate und drei Motionen im Nationalrat eingereicht:

- [21.3105 | Beschulung von Kindern und Jugendlichen in Bundesasylzentren | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Interpellation von NR Sandra Locher Benguerel
- [21.3041 | Dauer der Berufsvorbereitung für junge Geflüchtete und Spätzugewanderte | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Interpellation von NR Katharina Prelicz-Huber
- [21.3042 | Frühförderung von Kindern mit Migrations- und Fluchthintergrund | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Interpellation von NR Katharina Prelicz-Huber
- [21.3235 | Validierung von Bildungsleistungen. Von der Zulassungslogik zur Zertifizierungslogik | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Postulat von NR Mustafa Atici
- [21.3659 | Monitoring der Sprachförderung. Transparenz bei den Zugangskriterien zu finanzierten Sprachkursen von Geflüchteten in den Kantonen | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Interpellation von NR Sandra Locher Benguerel
- [21.4051 | Gleichberechtigter Zugang zur Schule für Kinder und Jugendliche aus Bundesasylzentren | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Interpellation von NR Sandra Locher Benguerel (29 Mitunterzeichnende)
- [21.4064 | Dauer der Berufsvorbereitung für Geflüchtete und andere spät Zugewanderte | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Motion von NR Katharina Prelicz-Huber (60 Mitunterzeichnende)
- [21.4158 | Hochqualifizierten Immigrantinnen und Immigranten mehr Chancen auf Bildung und eine gute Arbeit geben | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Interpellation von NR Mustafa Atici
- [22.3711 | Eine Ausbildungspflicht bis zum 18. Altersjahr und eine Ausbildungsgarantie bis zum 25. Altersjahr einführen und damit die Sek-II-Ausbildungsquote anheben | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Postulat von Nationalrat Mustafa Atici (17 Mitunterzeichnende):

- [22.3712 | Hochqualifizierten Immigrierten mit Vorbereitungskursen den Zugang zu einem Hochschulstudium ermöglichen | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Motion von Mustafa Atici (16 Mitunterzeichnende):
- [22.3748 | Mentoring bei der Ausbildung von Flucht-Betroffenen nutzen | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Interpellation von NR Thomas Brunner
- [22.4107 | Berufliche Ausbildung für Personen mit Schutzstatus S ermöglichen | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#) Motion von NR Mustafa Atici

Die Stellungnahmen des Bundesrats auf eingereichte Vorstösse verweisen darauf, es gäbe zwar noch Probleme im Bereich der Bildung von Geflüchteten, doch seien bessere Strategien – mit beschleunigten Verfahren und insbesondere mit der Integrationsagenda für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene – schon in Umsetzung. Ausserdem wird regelmässig auf die Zuständigkeit der Kantone hingewiesen.

In zwei Themen wurden schon nachdoppelnde Vorstösse eingereicht: Bezüglich der Schulung von Kindern aus Bundesasylzentrum haben sich der Bundesrat und das SEM immerhin bereit erklärt, den Zugang zur Schule bis zum Alter von 18 zu unterstützen. Bezüglich Anpassungen in der Berufsvorbereitung im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes wurde eine Motion von 60 Nationalrät:innen mitunterzeichnet. Weitere Vorstösse – zu Kinderrechten in der Unterbringung und Schule, zur Sprachförderung unter dem Weiterbildungsgesetz, zu einer partizipativen Evaluation der Integrationsagenda – sind in Vorbereitung

Es gibt zwar eine breite parteiübergreifende Zustimmung zum Grundsatz, dass sich eine Investition in die Bildung von Geflüchteten – sowohl für die Betroffenen als auch volkswirtschaftlich – lohnt. Es braucht aber mehr als die Zustimmung zu diesem Grundsatz – klar bezeichnete Hürden auf dem Bildungsweg von Geflüchteten müssen jetzt abgebaut werden.